Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 60. | Mittwoch, 13. März | 1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.
Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingesandt) 150 Pf. Preisermäßigg. auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fort.

•

Die Ratifikationsurkunden zu den am 4. November 1911 abgeschlossenen deutsch-französischen Abkommen über Marokko und Äquatorialafrika sind gestern in Paris ausgetauscht worden.

•

Während gestern bei der Frühschicht der Prozentsatz der im Ruhrgebiet streikenden Bergarbeiter 58,74 betrug, streikten bei der Nachmittagsschicht nur 47,2 Proz.

•

Im Ruhrgebiet ist es gestern wiederum zu schweren Ausschreitungen der Streikenden gekommen. In Obermarxloh wurde die Polizei nicht nur mit Steinen beworfen, sondern auch aus den Fenstern der Häuser beschossen.

•

Die christlichen Gewerkschaften haben sich an die Behörden um wirksameren Schutz der Arbeitswilligen im Ruhrkohlengebiet gewandt.

•

Auf dem Kalischacht Nippa bei Heringen a. d. Werra stürzte ein zehn Zentner schwerer Eisenring in die Tiefe und verletzte vier auf dem Grunde des Schachtes arbeitende Leute schwer, drei leichter.

•

Der britische Flottenetat für das Rechnungsjahr 1912/13 schließt mit 44 085 400 Pfd. Sterl. ab, gegen 44 392 500 im laufenden Rechnungsjahr.

•

Das russische Staatsbudget erreicht in diesem Jahre zum erstenmal eine Höhe von mehr als 3 Milliarden Rubel.

•

Die Pforte hat Nachrichten, nach denen sich zwei italienische Kriegsschiffe im Archipel befinden. Man glaubt in Konstantinopel, daß ein Vorgehen der Italiener gegen eine der Inseln unmittelbar bevorsteht.

•

In den Dardanellen sind Kontaktminen gelegt worden. Eine durch Bojen bezeichnete Fahrrinne, durch welche die Schiffe von zwei Lotsendampfern geleitet werden, ist offen gelassen worden.

•

Tangschaoyi ist zum Premierminister der Republik China ernannt worden.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben dem Musikalienhändler Max Alfred Engel, Inhaber der Musikalienhandlung C. A. Klemm in Dresden, das Prädikat „Hofmusikalienhändler Sr. Majestät des Königs" Allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die Ober-Postschaffner Handrack und Naumann in Leipzig sowie Grellmann in Dresden das ihnen von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen, verliehene Preußische Allgemeine Ehrenzeichen anlegen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 13. März. Se. Majestät der König empfing mittags die Hofdepartementschefs zum Rapport.

Deutsches Reich.

Die Feier des 91. Geburtstages des Prinzregenten von Bayern in München.

München, 12. März. Zur Feier des 91. Geburtstages des Prinzregenten trägt die Stadt reichen Flaggenschmuck. Der Festtag wurde morgens durch ein militärisches Wecken auf dem Marienplatz eingeleitet; vormittags wurden in den Pfarrkirchen der Stadt Festgottesdienste abgehalten. Nach dem Militärgottesdienste in der St. Michaels-Hofkirche, dem die Prinzen des Königl. Hauses, sowie die Generalität und Abordnungen der Garnison München beiwohnten, und nach dem feierlichen Hochamt im Dom, wobei die Staatsminister, das diplomatische Korps und Vertreter der Abgeordnetenkammern, der Hochschulen sowie der Beamtenschaft zugegen waren, fand auf dem Maximiliansplatz eine große Parade statt, die Prinz Ludwig in Vertretung des Prinzregenten abnahm. Eine große Menschenmenge hatte sich zu dem militärischen Schauspiel eingefunden. Der Prinzregent wohnte einer stillen Messe in der Allerheiligen-Hofkirche bei und empfing im Laufe des Vormittags die Glückwünsche des Hausdienstes, sowie der General- und Flügeladjutanten. Hierauf fand Frühstückstafel statt. Zahlreiche Glückwunschtelegramme sind in der Residenz eingelaufen, darunter solche von Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin, von Kaiser Franz Joseph, von sämtlichen deutschen Bundesfürsten, von den Königen von Italien und Spanien, vom Reichskanzler, dem Staatssekretär des Äußern und vom Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Austausch der Ratifikationsurkunden zu den deutsch-französischen Abkommen vom 4. November 1911.

Berlin, 12. März. Die Ratifikationsurkunden zu den am 4. November v. J. abgeschlossenen deutsch-französischen Abkommen, betreffend Marokko und Äquatorialafrika, sind gemäß Artikel 15 bez. 17 der genannten Verträge heute in Paris ausgetauscht worden.

Aus dem preußischen Herrenhause.

Das preußische Herrenhaus beriet gestern über den Antrag v. Puttkammer, worin die Regierung ersucht wird, alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, die geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende wirksam vor Gewalt und Bedrückung zu schützen, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht werden.

Berichterstatter Graf v. Zieten-Schwerin empfahl die Annahme des Antrages. Dieser zielt nicht darauf hin, das gesetzliche Recht zum Streik zu beeinträchtigen, sondern nur den ungesetzlichen Terrorismus gegen Arbeitswillige zu beseitigen. Unter Wahrung des altpreußischen Grundsatzes suum cuique hat der Staat die Pflicht, diesen Terrorismus unter allen Umständen zu brechen. Ich habe das Vertrauen zur Staatsregierung, daß sie dieser Aufgabe gerecht werden wird, sonst verliert sie ihr Ansehen bei Freund und Feind. Die zu Gebote stehenden Mittel reichen aus, wenn sie kraftvoll und rücksichtslos angewandt werden. (Sehr richtig!) Bei dem Terrorismus der Sozialdemokratie stehen König und Vaterland auf dem Spiel. Gebraucht der Staat seine Machtmittel nicht, so gehen wir Zuständen entgegen, wie sie in Frankreich vor der großen Revolution vorhanden waren. Ich möchte daher die Mahnung an die Regierung richten: Landgraf, werde hart! (Beifall.)

Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Holtz: Da der Hr. Minister des Innern zu seinem großen Bedauern durch Krankheit verhindert ist, heute persönlich zu dem Antrage Stellung zu nehmen, habe ich zunächst zu erklären, daß es die Staatsregierung selbstverständlich als ihre ernste Pflicht erachtet, ihrerseits alles zu tun, um die Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden vor Bedrückung wirksam zu schützen. Sie wird stets bestrebt sein, alle die Maßnahmen zu ergreifen, welche zur Erfüllung dieser in Streikfällen besonders schwierigen Aufgabe dienlich und notwendig sind. Soweit der Antrag auf Gesetzesvorlagen abzielt, bin ich nicht in der Lage, sachliche Erklärungen zu ihm abzugeben. Mag schon der Umstand, daß gerade vor einigen Tagen eine lebhafte Arbeiterbewegung ausgebrochen ist, den Zeitpunkt für Regierungserklärungen nach dieser Richtung an sich vielleicht auch nicht geeignet erscheinen lassen, so ist ausschlaggebend das Bedenken, daß das Rechtsgebiet, welches hier in Frage kommt, der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist. Der Staatssekretär des Innern hat vor einigen Tagen sich im Reichstag eingehend über diese Frage geäußert und Wege angedeutet, die vielleicht für ihre Lösung in Betracht kommen können. Ich darf auf diese Ausführungen hier Bezug nehmen. Was nun aber weiter die Verwaltungsfragen betrifft, das heißt also die Maßnahmen, für welche das Ministerium des Innern in Preußen zuständig und verantwortlich ist, so kann ich die Versicherung geben, daß von seiten des Ministeriums alles getan ist, um die wichtige hier in Frage stehende Aufgabe nach Kräften zu erfüllen. Ich verweise zunächst in dieser Beziehung auf die Änderungen der Organisation, die für die Polizeiverwaltungen in den Industriebezirken eingetreten ist. Bereits vor zwei Jahren sind für Bochum, Gelsenkirchen und Essen Königl. Polizeiverwaltungen organisiert worden. Die gleiche Maßnahme soll noch im kommenden Etatsjahr für den oberschlesischen Industriebezirk und den Saarkreis in Kraft treten. Abgesehen davon ist die Heranziehung von Gendarmen und Schutzleuten aus Gebieten, die der Streikgefahr weniger oder gar nicht ausgesetzt sind, zur Hilfeleistung in den Streikgebieten nach einem in allen Einzelheiten geregelten Verteilungsplan vorgesehen worden. Auf Grund dieser planmäßigen Vorbereitungen sind, wie dem Hause bekannt ist, vor einigen Tagen Gendarmeriemannschaften und Königl. Schutzleute in sehr beträchtlicher Anzahl in das Streikgebiet abgegangen, so daß dem leitenden Beamten gegenwärtig eine starke Polizeikraft zur Verfügung steht. Nach der heutigen Lage der Dinge darf angenommen werden, daß diese Maßnahmen ausreichen, um das Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nach jeder Richtung zu schützen. Sollte aber dieser Erfolg wider Erwarten durch ein gesetzwidriges Verhalten der Streikenden in Frage gestellt werden, so wird die Regierung keinen Augenblick zögern und alle ihre Kraft aufbieten, um jeder Schädigung berechtigter Interessen mit aller Energie nachdrücklich und nachhaltig entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Nach längerer Debatte wurde der Antrag v. Puttkammer einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall.)

Ein Zwischenfall in der hessischen Zweiten Kammer.

Darmstadt, 12. März. In der Zweiten Kammer kam es heute vormittag zu einem Zwischenfall. Nach der Rede des Abg. Dr. Fulda (soz.), der den Minister des Innern fortgesetzt aufs schwerste angriff und beleidigte, ohne von dem Vizepräsidenten Korell zur Ordnung gerufen zu werden, verließen sämtliche Regierungsvertreter das Haus. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Antrag des Abg. Osann beschlossen, eine Pause eintreten zu lassen, in welcher der Vorstand der Kammer mit der Regierung darüber verhandeln solle, auf welcher Grundlage wieder ein Zusammenarbeiten mit der Regierung ermöglicht werden könne.

Nach etwa einstündiger Verhandlung des Vorstands der Kammer mit der Regierung und nach Beratungen der Fraktionsvorstände erschienen die Regierungsvertreter wieder im Saale. Der Vizepräsident Korell stellte auf Grund des Stenogramms die wiederholten Beleidigungen des Abg. Dr. Fulda fest und erteilte ihm zwei Ordnungsrufe. Darauf gab er im Namen des Gesamtvorstands der Kammer eine Erklärung ab, in der er seinem Bedauern wegen des Zwischenfalls Ausdruck gab. Sodann gaben sämtliche Vorstände der bürgerlichen Fraktionen eine Erklärung ab, in der sie ebenfalls den Vorfall aufs tiefste bedauerten. Der Minister des Innern v. Hombergk dankte den bürgerlichen Parteien und erklärte, daß es ihm nach dem beleidigenden Verhalten Fuldas unmöglich sei, in Zukunft sich jemals wieder mit ihm in eine Diskussion einzulassen, oder ihm Antwort zu erteilen. Damit war der Zwischenfall erledigt.

Aus der Zweiten Kammer des Landtags von Elsaß-Lothringen.

Straßburg i. E., 12. März. Die Zweite Kammer des Landtages nahm in zweiter Lesung den Etat des Ministeriums an. Der Posten von 44 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei wurde vom Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten gestrichen, während die Liberalen und der lothringische Block sich der Abstimmung enthielten. Das Zentrum erklärte sich durch die Abgeordneten Haus und Wetterlé jedoch bereit, seinen Standpunkt einer Revision zu unterziehen, wenn dem Parlament eine Kontrolle zugestanden würde. Staatssekretär Zorn v. Bulach und Unterstaatssekretär Mandel erklärten, das elsaß-lothringische Parlament solle nicht schlechter gestellt werden, als andere Parlamente. Die Regierung würde Erkundigungen in anderen Staaten über deren Verhalten anstellen. Liberale und Lothringer Block wollen erst abwarten, welche Stellung die Regierung in dieser Frage einnimmt.

Außerdem gab es eine lebhafte Debatte über die französischen Inschriften an Läden, Schaufenstern rc., deren Verbot von den Vertretern aller Parteien auf das energischste bekämpft und dessen Abschaffung verlangt wurde. Bei der dritten Lesung soll ein entsprechender Antrag gestellt werden. Unterstaatssekretär Mandel erklärte, der Regierung sei die Notwendigkeit dieses Verbots selbst sehr unangenehm. Sie könne aber wegen des möglichen Mißbrauchs zu Demonstrationen nicht darauf verzichten.

Reichstag.

Sitzung vom 12. März 1912.

Am Bundesratstische: Staatssekretär Dr. Delbrück.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist eine Interpellation des Zentrums über den Bergarbeiterstreik.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wurde bei Kap. 7 Titel 2 (3 Direktoren und 26 vortragende Räte) fortgesetzt.

Abg. **Graf v. Westarp** (kons.) berichtete über die Verhandlungen in der Kommission. Diese beantragt zu diesem Titel eine Resolution, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Novelle zum Beamten- und Offizierspensionsgesetz vorzulegen, nach der Einkommen aus einer im Ruhestand erfolgten Privatanstellung unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ruhegehalt angerechnet werden können.

Abg. **Liesching** (fortschr. Vp.): Wir werden dieser Resolution zustimmen, da wir eine reinliche Scheidung der öffentlichen und Privatbeamten fordern müssen. Woher kommt es, daß Privatgesellschaften so großen Wert darauf legen, nicht mehr voll arbeitsfähige pensionierte Offiziere oder Beamte zu bekommen? Es heißt, die Gesellschaften rechneten damit, daß der pensionierte Beamte noch Beziehungen zur Regierung habe, woraus ihr Vor-